



**Gegenäußerung der Bundesregierung
zur Stellungnahme des Bundesrates vom 08. Juli 2005
(Bundesrats-Drucksache 401/05 (Beschluss))
zum Entwurf eines Gesetzes
zur Verbesserung des Schutzes vor Fluglärm in der Umgebung von Flugplätzen**

Die Bundesregierung begrüßt, dass die Stellungnahme des Bundesrates die Notwendigkeit einer Modernisierung des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm ausdrücklich bejaht. Sie bekräftigt ihre Einschätzung zu dem Gesetzentwurf, dass durch die Novelle der Schutz der Menschen im Umland der größeren Flugplätze deutlich verbessert wird und die Flughafenbetreiber die gebotene Rechts- und Planungssicherheit erhalten.

Die heutigen Fluglärmprobleme und die vielfältigen Auseinandersetzungen, denen sich die Flughäfen bei relevanten Ausbauvorhaben gegenüber sehen, haben eine wesentliche Ursache in den nicht mehr zeitgemäßen Regelungen zum Schutz vor Fluglärm. Die Bundesregierung hält es daher für erforderlich, dass die im Gesetzentwurf vorgesehenen Verbesserungen beim Fluglärmschutz rasch wirksam werden und die erforderlichen Schutzmaßnahmen zeitnah in Angriff genommen werden. Weiterhin ist vorgesehen, künftig die Entwicklungsperspektiven des Rechts zum Schutz gegen Fluglärm unter Berücksichtigung des Standes der Lärmwirkungsforschung und der Luftfahrttechnik zu überprüfen.

Die im Gesetzentwurf erläuterten Kostenfolgen der Novelle des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm, auf die auch der Bundesrat in seiner Stellungnahme hinweist, wurden von einer Arbeitsgruppe, der auch Vertreter der Flughäfen angehörten, detailliert ermittelt und in einem gemeinsam getragenen Abschlussbericht dargestellt. Die Flughafenunternehmen dürften bestrebt sein, die Aufwendungen für Schallschutzmaßnahmen verursachergerecht weiter zu geben. Die Bundesregierung erwartet von den vorgesehenen Maßnahmen des Fluglärmschutzes relevante Beiträge zur Sicherung der Akzeptanz des Luftverkehrs und zur Gewährleistung der erforderlichen Freiräume um die Flughäfen. Damit dient der Gesetzentwurf auch der Wahrung der wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven des Luftverkehrs in Deutschland.